

# Integration IN HESSEN



© HMSI

Liebe Leserinnen und Leser,

der hohe Fachkräftebedarf ist in den Berufsfeldern der Sozialwirtschaft, wie beispielsweise in den Erzieher- und Altenpflegeberufen, unübersehbar! Initiativen, u.a. Fachkräfte aus den EU-Ländern für eine Arbeitsaufnahme in Deutschland zu gewinnen, waren aber nur bedingt erfolgreich. Die neue Initiative „Sozialwirtschaft integriert“

setzt deshalb gezielt an der beruflichen Integration geflüchteter Menschen in diesen Feldern an. Ziel ist es, langfristige und einzelfallbezogene Maßnahmenkonzepte zu entwickeln. Beispielsweise modulare Projekte, die Geflüchtete motivieren, qualifizieren und ausbilden – und auf Übergänge in Beschäftigung ausgerichtet sind. Landkreise, Städte und Gemeinden sind daher aufgefordert in ihren Regionen initiativ zu werden und geeignete Projekte zu entwickeln. Anträge nimmt das RP Kassel bis zum 30.04.2018 entgegen.

Ihr

Stefan Grüttner Hessischer Minister für Soziales und Integration

## 13. Integrationsministerkonferenz in Bayern

### Anträge aus Hessen einstimmig angenommen

**Themenschwerpunkte der 13. Integrationsministerkonferenz Mitte März in Nürnberg** waren u.a. „Einwanderung und Einbürgerung“, „Sprachförderung und Integrationskurse“, „Ausbildung und Arbeitsmarktintegration“ sowie „Religiös begründeter Extremismus“.

In dem beschlossenen Leit Antrag „Integration – Zusammenhalt durch Orientierung“ wird ausgeführt, dass eine erfolgreiche Integration für den Zusammenhalt in der Gesellschaft wichtig sei und nicht einfach von selbst gelinge, deshalb müsse sie von der Aufnahmegesellschaft und den Zugewanderten gemeinsam gestaltet werden. Vor allem zu Beginn ihres Aufenthaltes benötigen Zugewanderte unterstützende Angebote. „Vorrang sollten hierbei die Regelsysteme haben, soweit sie hinsichtlich ihrer Zielsetzung für die Zu-

wanderinnen und Zuwanderer passen“.

Die Integrationsministerkonferenz hat auch zwei hessische Anträge einstimmig angenommen. Der erste Antrag fordert vom Bund, die Finanzmittel sowohl für die „Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer“ als auch für die „Jugendmigrationsdienste“ bedarfsgerecht aufzustocken.

Hierzu erklärte der Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Kai Klose: „Die einzelfallbezogenen migrationsspezifischen Beratungs- und Begleitungsangebote werden durch die deutlich gestiegene Zahl der Geflüchteten zunehmend in Anspruch genommen. Das erfordert eine Ausweitung der Migrationsberatung für Erwachsene und auch der Jugendmigrationsdienste.“

Der zweite hessische Antrag thematisiert die teils erheblichen Mängel bei der Organisation und Durchführung der Integrationskurse des Bundes. Kritisiert werden unter anderem die langen Wartezeiten für einen Integrationskurs und die zu geringe Kursdifferenzierung. Die Integrationskursangebote seien nicht ausreichend an die Voraussetzungen und Fähigkeiten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer angepasst. Darüber hinaus ist die Erfolgsquote der Integrationskurse sehr bescheiden. Zu viele brechen den Kurs ab oder scheitern bei der Sprachprüfung. In diesem Zusammenhang fordert Staatssekretär Klose: „Der Bund muss dringend die Qualität seiner Integrationskurse überprüfen und notwendige Veränderungen einleiten, damit die Chancen der Teilnehmenden auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verbessert werden können“.

# Der INTEGRATIONSPLAN

## *Meilenstein für die hessische Praxis*

„Integration geht alle an!“. Dieser Satz ist nicht nur politischer Leitgedanke. Er macht deutlich, dass Integration eine Aufgabe ist, die alle Bürgerinnen und Bürger in Hessen mit Leben erfüllen müssen.

Deswegen hat der Hessische Landtag in der letzten Legislaturperiode zunächst die Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“ eingesetzt, die Handlungsempfehlungen zum Thema „Integrationspolitik“ erarbeitete. Im März 2015 wurde die „Hessische Integrationskonferenz“ von der Hessischen Landesregierung berufen, der viele engagierte Personen aus der Zivilgesellschaft angehören. Aufbauend auf den Ergebnissen der Enquetekommission sowie unter Beachtung des Nationalen Integrationsplans erarbeitete die Integrationskonferenz als beratendes Gremium Handlungsempfehlungen zur Erstellung eines Integrationsplans für Hessen.

Diese Phase war von einem konstruktiven Dialog zu verschiedenen integrationspolitischen Themen gekennzeichnet. Sieben Arbeitsgruppen diskutierten intensiv über folgende Handlungsfelder:

- Sprache und Bildung
- Wirtschaft und Arbeitsmarkt
- Gesundheit, Pflege, Familie und Gleichberechtigung
- Politische und gesellschaftliche Partizipation, Sport, Feuerwehr, Wohnen und Freizeit
- Religion, Kultur und Medien
- Interkulturelle Öffnung, Diversity, Antidiskriminierung
- Zuwanderung und Flüchtlinge.

Die Vorschläge der Arbeitsgruppen einbeziehend, beschreibt der nun vorliegende Hessische Integrationsplan Ziele, Leitlinien und Instrumente der hessischen Integrationspolitik. Er zeigt, wie die soziale und gesellschaftliche Integration von Zugewanderten und Geflüchteten in Hessen gelingen kann.



Im Verlauf seiner Entstehung wurde deutlich, dass die große Mehrheit der Hessinnen und Hessen gut, respektvoll und friedlich zusammenleben. Dabei spielt es keine Rolle, wo sie ihre Wurzeln haben, welche kulturellen Traditionen sie pflegen oder welcher Religion sie angehören. Diese Vielfalt gilt es zu erhalten und zu sichern. Integration ist insofern ein kontinuierlicher Prozess, der Politik und Gesellschaft immer wieder vor Herausforderungen stellt.

So wanderten im Nachkriegsdeutschland der 1950er und 1960er Jahre des vergangenen Jahrhunderts viele Menschen aus anderen Ländern zu. Sie hatten oftmals nicht geplant, sich auf Dauer hier niederzulassen. Tatsächlich leben jedoch viele von ihnen mittlerweile in der dritten oder vierten Ge-

Hessisches Ministerium  
für Soziales und Integration



## Hessischer Integrationsplan

Für eine Kultur des Miteinanders in Respekt  
und gegenseitiger Anerkennung



Titelseite des Hessischen Integrationsplanes © HMSI

neration in Deutschland. Sie und ihre Nachkommen sind hier heimisch geworden. Diese Verwurzelung ist eine große Leistung sowohl der aufnehmenden Bevölkerung als auch der Zugewanderten.

Eine weitere große Herausforderung stellte 2015 der Zuzug von vielen Geflüchteten in einem sehr kurzen Zeitraum dar. Die Unterbringung und Versorgung dieser Flüchtlinge erforderte ein sofortiges Handeln von Politik, Verwaltung und Gesellschaft. Auf diese Aufgabe hat die Hessische Landesregierung unmittelbar reagiert und mit den Aktionsplänen Asyl I und II bundesweit beispielhafte Maßnahmenpakete aufgelegt, die durch ein hohes gesellschaftliches Engagement getragen und unterstützt wurden.

Es geht also einerseits um die frühzeitige Integration von Zugewanderten und Geflüchteten und andererseits um nachholende Integration für schon länger hier lebende Zuwanderinnen und Zuwanderer. Außerdem geht es darum, Strategien für eine langfristige Integration und für ein gemeinschaftliches Zugehörigkeitsgefühl zu entwickeln. Dieser Erkenntnis liegt der Gedanke zu Grunde, dass nicht die Herkunft, sondern unsere gemeinsame Zukunft zählt:

„Es kommt nicht darauf an, woher Du kommst, sondern wohin Du willst!“

Dabei spielt der Hessische Integrationsmonitor, der regelmäßig etwa alle zwei Jahre fortgeschrieben wird, eine wichtige Rolle. Er ist ein wissenschaftliches Instrument, das auf statistischen Auswertungen basiert, Trends nachzeichnet und sowohl positive als auch negative Entwicklungen im Bereich der Integration von Zugewanderten und Geflüchteten aufzeigt. Dadurch ermöglicht er, Handlungsbedarfe frühzeitig zu erkennen und eine darauf angepasste Integrationspolitik zu gestalten. Der Hessische Integrationsmonitor belegt mit verschiedenen Indikatoren, dass die Integration von Zugewanderten in Hessen langsam, aber stetig voranschreitet. So hat beispielsweise die Nutzung der deutschen Sprache in Familien mit Migrationshintergrund deutlich zugenommen.

„Sprache ist der Schlüssel für eine gelungene Integration.“

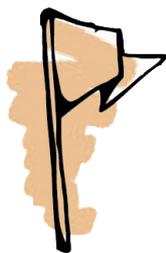
Sprache ermöglicht die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben. Sie ist Voraussetzung für den Erwerb von

Bildung und den Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie ist die Klammer, die die einzelnen Themen miteinander verbindet, und somit von grundlegender Bedeutung.



Aber auch die Anerkennung der Leistung von Zugewanderten und der entschiedene Kampf der Landesregierung gegen Rassismus und jede Form der Diskriminierung sind essentieller Bestandteil einer zukunftsfähigen Integrationspolitik.

Im nun vorliegenden Hessischen Integrationsplan werden diese verschiedenen Aspekte miteinander zu einer Gesamtstrategie verknüpft.



Der Integrationsplan ist unter [www.integrationskompass.de](http://www.integrationskompass.de) als Download unter Publikationen verfügbar.

# INTEGRATIONSKONFERENZ

## gemeinsame Sitzung mit Integrationsbeirat

Die fünfte Sitzung der Hessischen Integrationskonferenz im Hessischen Landtag fand erstmals gemeinsam mit dem Integrationsbeirat statt und war geprägt vom vielseitigen Austausch und lebhaften Diskussionen.

Kai Klose, Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Hessen für Integration und Antidiskriminierung betonte eingangs, „dass wir mit dem Hessischen Integrationsplan unser Integrationsverständnis formuliert und ein Gesamtkonzept für Integration in Hessen vorgelegt haben. In unserer vielfältigen Gesellschaft darf die Herkunft nicht das bestimmende Merkmal sein, sondern wir müssen auf das uns Verbindende achten: die Werte unserer Verfassung, die Basis unserer offenen Gesellschaft sind. Diese Werte sind nicht verhandelbar und verpflichten selbstverständlich uns alle. Umso mehr sollten wir gemeinsam daran arbeiten dieses Bekenntnis weiter mit Leben zu füllen“, so Klose.

Der Integrationsbeirat war zu der Sitzung eingeladen worden, um gemeinsam mit der Integrationskonferenz über den Integrationsplan zu diskutieren.

Klose unterstrich, dass das Bekenntnis zu Vielfalt, das sich im Integrationsplan widerspiegelt, ein starkes Signal gerade in der derzeitigen Diskussion sei. „In Hessen richtet sich Integrationspolitik an alle Menschen, unabhängig davon wie lange sie bereits hier leben. Gerade die Betonung, dass auch Menschen, die vor Krieg und Verfolgung zu uns geflohen sind, hier ein neues Zuhause aufbauen können, ist mir besonders wichtig“, so Klose.

Die verschiedenen Handlungsfelder des Integrationsplans wurden von den zivilgesellschaftlichen Leitungen der Arbeitsgruppen, die bereits bei der Erarbeitung der Vorschläge involviert waren, vorgestellt. Übereinstimmend wurde in einer konstruktiven Diskussion für alle Handlungsfelder festgestellt, dass sich viele wesentliche Forderungen der Integrationskonferenz auch im Integrationsplan wiederfinden und zum Teil bereits mit finanziellen Mitteln abgesichert sind.

Auch in dieser Integrationskonferenz wurde deutlich, dass das Gremium unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zusammenführt und so den von

vielen geforderten breit angelegten Austausch über integrationspolitische Themen ermöglicht.

„Die Erarbeitung des Hessischen Integrationsplans und die weitere Begleitung der Integration in Hessen gelingt nur im Dialog und in der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Mein ganz besonderer Dank gilt daher allen, die sich an diesem Prozess aktiv beteiligen“, würdigte Staatssekretär Klose das hohe Engagement der Beteiligten.

Er sicherte zu, die Ergebnisse der Diskussion, Anregungen und vorgeschlagene Erweiterungen zu den Maßnahmen des Integrationsplans in einem Protokoll festzuhalten. Dieses kann dann in die Weiterentwicklung der hessischen Integrationspolitik einbezogen werden.

Um den fruchtbaren Austausch fortzuführen und um die derzeit von der Landesregierung vorbereiteten Integrationsverträge vorzustellen, kündigte der Staatssekretär im Einvernehmen mit der Integrationskonferenz eine weitere Sitzung noch in diesem Jahr an.

# Fachgruppe Integration des Asylkonvents

## Aktuelle Themen

Experten aus dem kommunalen Bereich, der Zivilgesellschaft, von Wohlfahrtsverbänden, der Wirtschaft usw. versammelt die Fachgruppe Integration des Asylkonvents. Sie ist eine von sieben Fachgruppen, die mit bestimmten thematischen Fragestellungen die Integration von Geflüchteten in Hessen diskutiert, Vorschläge unterbreitet und damit dem Asylkonvent zuarbeitet.

In ihrer jüngsten Sitzung begrüßten die Mitglieder als ihren neuen Vorsitzenden den Bevollmächtigten für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Kai Klose in ihrer Mitte. Besonderes Interesse hatte die Fachgruppe an seinen integrationspolitischen Vorstellungen. Klose machte hier die Prinzipien seiner Arbeit deutlich: Nachdem die Erstversorgung der Geflüchteten vor allem in 2015 und 2016 mit der gebündelten Kraft aller staatlichen Ebenen, der Zivilgesellschaft und ganz außerordentlichem Engagement von Ehrenamtlichen gelungen ist, stehe nun die Integration der Menschen im Vordergrund. Hessen schlage hier den Weg ein, nach Möglichkeit keine gesonderten Programme und Maßnahmen aufzulegen, sondern vielmehr bestehende Angebote für Menschen mit Fluchthintergrund zu öffnen und diese auf die zusätzlichen Bedarfe auszurichten. Klose erläuterte:

„Die Landesregierung nimmt hier den Vorschlag der Fachgruppe Integration auf, die Sozialpolitik in unserem Land integrativ auszurichten. Das heißt nichts Anderes, als integrationspolitische Erfordernisse bei allen Angeboten und auch schon bei Konzepten mitzudenken“.

In der anschließenden Beratung vertiefte die Fachgruppe diesen Aspekt. Auch wurde hervorgehoben, dass zielführende Hilfe für Geflüchtete mit allen daran Beteiligten geplant werden müsse und dass Netzwerke eine entscheidende Rolle spielten. Außerdem müssten alle Ämter dieselben Daten zu Grunde legen können – hier bestehe noch Optimierungsbedarf.

Als weiteres wichtiges Thema wurde der Familiennachzug von subsidiär Geschützten – diesen Status haben viele syrische Geflüchtete - angesprochen. Damit einher geht die Frage nach entsprechendem Wohnraum. Die Mitglieder der Fachgruppe waren sich einig, dass Segregation im Wohnen der Integration von zugewanderten Menschen stets entgegenstehe. Denn: „Erst im Kontakt miteinander erleben sich Menschen als zugehörig. Und nur im Kontakt miteinander können wir Geflüchteten erklären und vorleben, wie unsere freie und offene Gesellschaft funktioniert“, so der Staatssekretär abschließend.

## Bildung im Fokus

### ASYLKONVENT am 7. Februar 2018

Als Reaktion auf die damals sprunghaft steigende Flüchtlingszuwanderung riefen Ministerpräsident Volker Bouffier und sein Stellvertreter, Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir, im Herbst 2015 den Asylkonvent ins Leben. Alle wichtigen Akteure sollten an einem Tisch zusammengeführt werden, um über die Herausforderung der Versorgung von Geflüchteten zu beraten und um „gemeinsam daran zu arbeiten, wie wir die große Aufgabe erfolgreich erfüllen“, so Bouffier in seiner Regierungserklärung vom September desselben Jahres.

Eine der wichtigsten Fragestellungen, mit denen sich der Asylkonvent befasst, ist mittlerweile die Bildung. Im Februar tagte der Asylkonvent deshalb erstmals in einer beruflichen Schule, um sich vor Ort zu informieren und auszutauschen. Das Erlernen der deutschen Sprache und Integration sind untrennbar mit-

einander verknüpft; nur wer Deutsch spricht, kann Teil unserer Gesellschaft werden, erfolgreich die Schule absolvieren und einen sicheren Arbeitsplatz finden. In der Adolf-Reichwein-Schule in Limburg bekamen die Mitglieder des Asylkonvents einen Einblick, wie die Landesregierung auf der Grundlage des schulischen Gesamtsprachförderkonzepts Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Herkunftssprache in der Bildungssprache Deutsch fit macht. Die hessischen Maßnahmen können sich sehen lassen: Seit 2015 wurden 42.700 Schülerinnen und Schüler in Intensivsprachmaßnahmen in Deutsch unterrichtet. Das reicht vom Vorlaufkurs für Kinder im Jahr vor der Einschulung bis hin zu jungen Erwachsenen in Intensivklassen an beruflichen Schulen. Zum Schuljahresbeginn 2017/18 sind fast 9.000 Personen aus Intensivmaßnahmen in den schulischen Regelunterricht gewechselt.

Besonders erfolgreich sind Intensivklassen an beruflichen Schulen, InteA (Integration durch Anschluss und Abschluss). Hessenweit hatten InteA-Klassen im Februar 2018 rd. 6.100 Lernende. Hauptziel ist die Vermittlung ausreichender Deutschkenntnisse, im Idealfall nachgewiesen durch das Deutsche Sprachdiplom. Hessen nimmt mit seinen Teilnehmer- und Absolventenzahlen bundesweit eine Vorreiterrolle ein! Im Mai 2018 werden bis zu 4.000 Teilnehmer erwartet.

Die intensiven Sprachfördermaßnahmen zielen darauf ab, dass allen Schülerinnen und Schülern, unabhängig von ihrer Herkunft und gemäß ihren individuellen Begabungen, gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen ermöglicht werden. Mit Blick auf den Fachkräftemangel profitiert davon die gesamte Gesellschaft.

# Staatssekretär Klose in der Diskussion

## Interkulturelle Woche 2018

Die Interkulturelle Woche (IKW) findet jährlich ab Mitte September in mehr als 500 Städten und Gemeinden statt. Unter dem Motto „Vielfalt verbindet“ werden in diesem Jahr rund 5.000 Veranstaltungen durchgeführt. Staatssekretär Kai Klose nahm im Rahmen der Vorbereitungstagung zur IKW an einem moderierten Gespräch mit Lesung mit dem Autor und Friedensaktivisten Ali Can unter dem Titel „Hotline für besorgte Bürger... Wie bleiben wir im Gespräch?“ teil.

Ali Can, selbst ehemaliger Asylsuchender, engagiert sich für diverse Hilfsorganisationen und gibt Workshops für den Umgang mit kultureller Vielfalt. Durch die von ihm gegründete "Hotline für besorgte Bürger" bekam er deutschlandweit mediale Aufmerksamkeit. Kai Klose verwies in der Diskussion darauf, dass Hessen vielfältig, bunt und weltoffen ist. Gegenseitige Achtung und der Respekt vor Verschiedenheit seien die Grundlagen hessischer Integrationspolitik. Dass Integration dennoch kein Selbst-



V.l.n.r. Autor Ali Can, Staatssekretär Kai Klose und Moderator © www.interkulturellewoche

läufer ist, sei allen Beteiligten klar. Die wechselseitige Bereitschaft aufeinander zuzugehen, der Respekt vor der kulturellen und religiösen Identität des Anderen, die Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache, aber auch die Identifikation mit unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung seien wichtige Voraussetzungen für ein friedvolles Zusammenleben. Genauso notwendig sei aber auch ein gesellschaftliches Klima,

das Integration ermöglicht. Dazu müsse die uralte Angst vor „dem Fremden“ überwunden werden.

Als Beispiele für Maßnahmen der Hessischen Landesregierung, um Diskriminierung und Ablehnung entgegenzuwirken und eine Willkommens- und Anerkennungskultur zu etablieren, nannte er die Einrichtung der Antidiskriminierungsstelle und das Landesprogramm WIR.

## INTEGRATIONSBEIRAT

### mit neuem Vorsitz

**In der Sitzung des Integrationsbeirates am 23. Januar stellte sich Kai Klose, Staatssekretär und Bevollmächtigter für Integration und Antidiskriminierung, den Mitgliedern als neuer Vorsitzender vor und diskutierte intensiv mit ihnen über die besonderen Herausforderungen der Integration in Hessen.**

So wurde festgestellt, dass mangelnde Sprachkenntnisse eine zentrale Rolle bei Ausbildungsabbrüchen von Zugewanderten spielen. Insbesondere die Anforderungen der Berufsschule und die Abschlussprüfungen führen zum Scheitern von Geflüchteten, nicht von Zugewanderten im Allgemeinen. Ganz selten liege es am Praxisteil der Ausbildung.

Anschließend stellte Staatssekretär Klose die einzelnen Handlungsfelder der Hessischen Integrationspolitik vor, die im Haushaltsplan 2018/2019 eine wichtige Rolle spielen. Die weitere Verstärkung und Aufstockung der Mittel im Landesprogramm WIR wurde ebenso befürwortet wie das Programm „Hessen aktiv – für Demokratie und gegen Extremismus“. Staatssekretär Klose betonte die Bedeutung von

Integrationsmaßnahmen auch für bereits länger hier lebende Zugewanderte sowie deutsche Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund.

Im zweiten Teil der Sitzung wurde die aktuelle Religionsstudie mit dem Titel „Wie hast Du's mit der Religion II?“ vorgestellt, die eine Folgestudie zu der im Jahr 2013 erschienenen Studie ist. Zentrales und erfreuliches Ergebnis der aktuellen Studie ist, dass die religiöse Toleranz in Hessen signifikant gestiegen ist. Daran schloss sich eine intensive und konstruktive Diskussion an, in der die Ergebnisse der Studie näher beleuchtet wurden.

Um den insgesamt guten Austausch, insbesondere hinsichtlich der Handlungsfelder des Hessischen Integrationsplans, weiterzuführen, wurde mit Zustimmung von Staatssekretär Klose vorgeschlagen, die nächste Sitzung der Integrationskonferenz gemeinsam mit dem Integrationsbeirat durchzuführen.



Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer bei der Diskussion © HMSI

Anlässlich des Workshops „WIR-Koordination trifft Wissenschaft“ in Darmstadt erinnerte Staatssekretär Kai Klose daran, dass „wir als Land erheblich in Integrationsmaßnahmen investieren und so auch die Kommunen unterstützen und entlasten.“ Die dialogorientierte Veranstaltung zielte darauf ab, eine Plattform des Austausches für Vertreterinnen und Vertreter aus den

Gesellschaftswissenschaften und der Praxis zum Thema der Integrationsarbeit anzubieten und den Erfahrungs- und Wissenstransfer beider Arbeitsfelder zu unterstützen.

Mit dem Landesprogramm WIR hat die Hessische Landesregierung seit dem Jahr 2014 den Schwerpunkt ihrer Integrationspolitik auf die Bereiche inter-

kulturelle Öffnung und Aufbau einer Willkommens- und Anerkennungskultur gelegt. Durch die Etablierung von WIR-Koordinatorinnen und Koordinatoren in allen hessischen Landkreisen werden diese bei der Gestaltung ihrer Integrationsarbeit vor Ort aktiv unterstützt.

Daneben werden auf wissenschaftlicher Ebene fortlaufend Forschungen durchgeführt. Damit diese nicht für sich alleine stehen, ist es wichtig, Wissenschaft und Praxis die Möglichkeit zum gegenseitigen Austausch zu geben. Erfahrungen aus dem Alltag der Integrationsarbeit können für die Gesellschaftswissenschaften wertvoll sein. Die praxisorientierte Ebene profitiert ihrerseits vom Wissen über den aktuellen Stand wissenschaftlicher Forschung und von einer Erweiterung der persönlichen Kompetenzen.

Idealer Partner für die Zusammenführung beider Fachgebiete ist die gemeinnützige Schader Stiftung, die in Kooperation mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration diesen Dialog zwischen Forschung und Praxis ermöglichte.

## Staatssekretär Kai Klose besucht

### Eyüp-Sultan Moschee

Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus besuchte Staatssekretär Kai Klose im März die Eyüp Sultan Moschee in Frankfurt-Fechenheim.

„Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft von Menschen, aus rassistischen Gründen oder aufgrund der Religion lehnen wir entschieden ab. Kulturelle Vielfalt, unterschiedliche Lebensentwürfe und individuelle Verschiedenheiten der Menschen, die hier leben, sind eine Bereicherung für unser Land. Mir ist es ein Anliegen, Rassismus und jeglicher Art von Diskriminierung entschieden entgegenzutreten“, unterstrich der Staatssekretär.



Staatssekretär Kai Klose beim Besuch der Eyüp Sultan Moschee © HMSI

# Kolumne

Ansichten von  
Staatssekretär  
Kai Klose

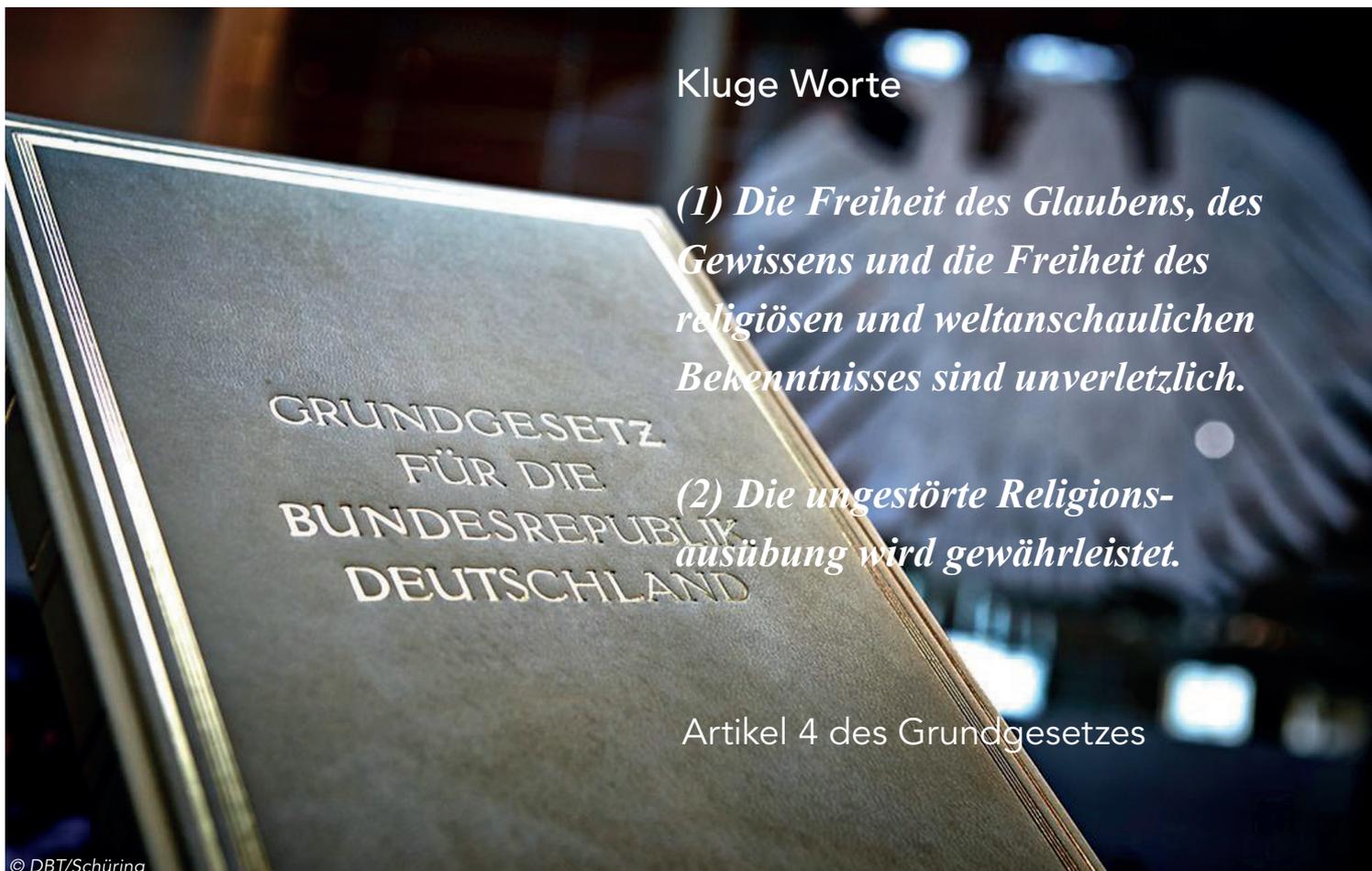
## von der Freiheit, religiös (oder nicht) zu sein

Frühjahr 2018: Eine Vielzahl unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen sind Teil unserer Gesellschaft. Die Freiheit der Religion und ihrer Ausübung sind verfassungsrechtlich garantiert – ebenso wie die Möglichkeit, nichtreligiös zu sein. Gleichzeitig setzt diese Verfassung den Rahmen und die Grenzen von Religionsausübung. Kein heiliges Buch steht über dem Grundgesetz – auch keine Weltanschauung und keine Tradition. Unsere Verfassung kennt keinen religiösen Bezug, also auch keine Hierarchie zwischen Religionen. Dabei ist unbestritten, dass Europa über Jahrhunderte von verschiedenen Religionen besonders beeinflusst wurde – insbesondere vom Christen- und vom Judentum, aber auch vom Islam. Heute ist der Islam, wie es Kanzlerin und Bundestagspräsident

richtig festgestellt haben, auch Teil unserer Gesellschaft. Die historische Prägung und diese gegenwärtige Situation stehen nicht im Widerspruch zueinander: Beides ist schlicht Fakt.

Auch die neue Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag dem Ziel verpflichtet, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken. Dieser Zusammenhalt der Gesellschaft ist ein zentraler Teil der Staatsräson und diesem übergeordneten Ziel schadet, wer einer Religion ihre Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft pauschal abspricht. Denn die vorgenommene künstliche Trennung zwischen der Religion auf der einen und den Menschen, die sich zu ihr bekennen, auf der anderen Seite, sie geht fehl. Alle drei abrahamitischen Religionen, aber auch andere Religionen und Weltanschauungen sind selbstver-

ständig Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland, weil die Menschen, die sich zu ihnen bekennen, Teil der deutschen Gesellschaft sind und dazugehören. Mit Widerspruch, Sanktionen oder gar Strafen müssen all diejenigen rechnen, die unserer Rechtsordnung zuwider handeln – natürlich auch dann, wenn sie das vermeintlich religiös begründen. Das ist aber eine individuelle Frage, die weder Anlass sein kann noch darf, einer ganzen Gruppe ihre Zugehörigkeit abzusprechen: Gerade weil wir wissen, wie wichtig Identifikation und das Gefühl, dazu zu gehören, sind, um sich zu integrieren, für die Gesellschaft zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Wer es dennoch tut, handelt entweder fahrlässig oder er legt bewusst die Axt an den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



### Kluge Worte

*(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.*

*(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.*

Artikel 4 des Grundgesetzes

# Wichtiges in Kürze ...

## Erhöhung der Mittel für das WIR-Programm

Im Hinblick auf die Bedeutung der Aufgabe der Integration und den Erfolg des Landesprogramms WIR wurde die Förderung von Integrationsmaßnahmen zum Haushaltsjahr 2018/2019 nochmals aufgestockt auf insgesamt 10,05 Mio. Euro.

Neben den bewährten Förderschwerpunkten wie "WIR-Koordinationsstellen", "niedrigschwellige Sprachfördermaßnahmen" und bestimmten Projekten werden seit diesem Jahr auch Mittel für Dolmetschertätigkeiten, um Ehrenamtliche im Bereich der

Arbeit mit Asylbewerbern, Flüchtlingen, Geduldeten und Zugewanderten in Hessen zu unterstützen, bereitgestellt.

Schon 2017 gab es eine Ausweitung der Programmlinien. Diese waren

- die Förderung von 33 Stellen im WIR-Fallmanagement für Geflüchtete
- Die Stärkung von Migrantenorganisationen
- die Förderung von innovativen Projekten zur Integration geflüchteter Frauen und
- die Förderung des Kompetenzzentrums Vielfalt.

## Homepage zur Einbürgerungskampagne des Landes Hessen ist online!

„Unter welchen Voraussetzungen kann ich Deutsche werden?“ oder „Wo beantrage ich meine Einbürgerung?“. Antworten auf diese und viele weitere Fragen rund um das Thema Einbürgerung enthält die neue Website [www.einbuengerung.hessen.de](http://www.einbuengerung.hessen.de) der Hessischen Landesregierung. Der Auftritt wendet sich in erster Linie an Migrantinnen und Migranten, die schon viele Jahre in Deutschland leben, aber noch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Schauen Sie rein!

# Integrationsbeauftragte der Kommunen *im Gespräch mit Staatssekretär Klose*

Die Tradition hat sich bewährt – der Austausch der kommunalen Integrationsbeauftragten mit dem hessischen Bevollmächtigten für Integration und Antidiskriminierung. Dabei ging es Staatssekretär Kai Klose auch diesmal nicht nur um Informationsvermittlung über die hessische Integrationspolitik, sondern vor allem um die Anliegen der kommunalen Integrationsexperten und der Berichte aus ihrem Wirkungskreis.

„Für die Hessische Landesregierung ist Teilhabe ein Kernziel. Wir wollen die chancengerechte Teilhabe aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, damit sie sich auch zu der Gesellschaft zugehörig fühlen“, betonte Kai Klose als Ziel der hessischen Integrationspolitik.

Mit 30 Prozent habe Hessen den höchsten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich aller deutschen Flächenländer. Daher investiert das Land erheblich in Integrationsmaßnahmen und unterstützt und entlastet so auch die Kommunen. Als erfolgreiches Beispiel nannte der

Staatssekretär das WIR-Programm mit einem Umfang von über 10 Millionen Euro in diesem und im kommenden Jahr.

Als weitere Informationen aus der Landesregierung bekamen die kommunalen Integrationsbeauftragten zwei detaillierte Berichte: Zum einen trug Christopher Textor aus dem Kultusministerium über den schulischen Integrationsplan mit Schwerpunkt Intensivklassen an beruflichen Schulen vor: InteA – Integration durch Anschluss und Abschluss. Hier werden beeindruckende Ergebnisse erreicht. Zum anderen informierte Bettina Weber aus der Asylabteilung im Sozial- und Integrationsministerium über die aktuelle Situation im Bereich der Erstaufnahme für Asylsuchende in Hessen. Zu beiden Berichten gab es Diskussionsrunden.

Beim nächsten Treffen der kommunalen Integrationsbeauftragten, das noch vor der Sommerpause stattfindet, wird u.a. der Hessische Integrationsplan Thema sein.



Hessisches Ministerium  
für Soziales und Integration

Herausgeber: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration  
Abteilung Integration  
Sonnenberger Str. 2/2a · 65193 Wiesbaden  
[www.integrationskompass.de](http://www.integrationskompass.de)

V.i.S.d.P.: Esther Walter · Tel. 0611/3219 3494

Redaktion: Claudia Hackhausen · Tel. 0611/3219 3358  
Banu Rübeling · Tel. 0611/3219 3424  
E-Mail: [integration@hsm.hessen.de](mailto:integration@hsm.hessen.de)

Druck: Schleunungdruck GmbH, 97828 Marktheidenfeld